

Ulis Newsletter zur Corona-Krise vom 29.07.2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

kurz vor dem Beginn der Sommerferien hat die grün-schwarze Koalition im Land in Sachen Corona-Hilfsprogramme noch einmal so richtig nachgelegt: Unterstützungsprogramm für das schwer getroffene Schausteller-Gewerbe; Soforthilfeprogramm für kirchliche Erwachsenenbildung; Hilfen für Familien-Ferienstätten; Stabilisierungshilfe für Bustouristik-Unternehmen; Hilfsprogramm für Vereine des Bevölkerungsschutzes; finaler Beschluss des Finanzpakts mit den Kommunen; Hilfen für die Beratungsstellen gegen häusliche und sexuelle Gewalt; Hilfen für Weiterbildungsträger im ländlichen Raum; Rettungsschirm für den ÖPNV. Das sind 9 weitere umfangreiche Hilfsprogramme. In der Summe decken wir damit die gesamte Breite der gesellschaftlichen Aktivitäten und der wirtschaftlichen Betätigung in Baden-Württemberg ab. Die Hilfsprogramme werden sich in der Endausbaustufe in einem Umfang von 10 Mrd. Euro bewegen. Es ist einfach eine wesentliche vertrauensbildende Maßnahme, aus der politischen Aussage, „wir lassen niemanden im Stich“, nun Realität werden zu lassen. Wer Informationen über einzelne Programme wünscht, Mail genügt: wk@uli-sckerl.de

Herzliche grüne Grüße, Uli

Entwicklung der Corona-Fallzahlen

Bundesebene:

29.07.2020: **206.926 (&684); 9.128** Todesfälle (& 6)
(Quelle: RKI, online aktualisiert um 8:40 Uhr)

Landesebene:

29.07.2020: 37.124 Fälle insgesamt (& 77); 1.845 Todesfälle (& 2); 34.340 Personen genesen (& 49). Die Zahl der aktiven Fälle liegt mit 939 Fällen auf einem anhaltend hohen Niveau!
(Quelle: Sozialministerium BW, 16 Uhr)

Kreisebene:

29.07.2020: 1.053 Fälle insgesamt (& 4); 40 Todesfälle (-); 983 genesen (& 3).

(Quelle: Gesundheitsamt RNK, 12.49 Uhr)

Corona-bedingte Nachrichten

Inland

Hilfsprogramm für Schausteller

Die Landesregierung hat gestern den Weg für ein weiteres Hilfsprogramm freigemacht. Das Programm soll Unternehmen und Selbständige des Schaustellergewerbes, der Veranstaltungs- und Eventbranche sowie des Taxigewerbes in Form eines Tilgungszuschusses unterstützen. Die Schausteller-Betriebe sind durch das Verbot von Großveranstaltungen mit am härtesten von der Corona-Krise betroffen. Die Landesregierung schätzt den Mittelbedarf für die Hilfe auf insgesamt rund 92,2 Millionen Euro. Die größte finanzielle Belastung für Schausteller und die Eventbranche, aber auch für das Taxigewerbe sind Tilgungsraten für Kredite. Das neue Programm des Landes ist kumulierbar mit der Überbrückungshilfe des Bundes und der Landesaufstockung mit dem fiktiven Unternehmerlohn.

Die maximale Förderung mit dem Tilgungszuschuss beträgt 150.000 Euro je Antragsteller. Antragsberechtigt sind Unternehmen, einschließlich Soloselbständige und selbständige Angehörige der Freien Berufe im Haupterwerb mit Unternehmenssitz in Baden-Württemberg aus den Wirtschaftsbereichen der Schausteller und Marktkaufleute, Veranstaltungs- und Eventbranche und Taxiunternehmen. Der Tilgungszuschuss Corona soll nun schnellstmöglich mithilfe eines Dienstleisters umgesetzt werden.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-beschliesst-weiteres-hilfsprogramm/>

Beteiligungsfonds der Landesregierung

Die Landesregierung hat am gestrigen Dienstag die rechtliche Grundlage zur Errichtung eines baden-württembergischen Beteiligungsfonds geschaffen. Ziel des Beteiligungsfonds ist es, das Eigenkapital kleiner und mittlerer Unternehmen mit 50 bis 250 Mitarbeiter*innen während der Corona-Krise zu stärken. Baden-Württemberg wird sich dafür vorübergehend an Unternehmen beteiligen. Der Fonds richtet sich an Unternehmen, denen anderweitige Hilfen nicht zu Verfügung stehen, die aber grundsätzlich gute Zukunftsperspektive haben.

Der Beteiligungsfonds umfasst Maßnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro. Die Mindestbeteiligungshöhe pro Unternehmen wird 800.000 Euro betragen. Der Beteiligungsfonds durchläuft im nächsten Schritt das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren und benötigt die Zustimmung der Europäischen Kommission.

Voraussetzung für die Beantragung des Beteiligungsfonds ist unter anderem ein ausgewiesener Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen Euro im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr.

Über die Stabilisierungsmaßnahmen entscheidet der Beteiligungsrat. Dieser besteht aus je zwei Vertretern des baden-württembergischen Finanzministeriums und Wirtschaftsministeriums. Diese müssen einstimmig entscheiden.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/beteiligungsfonds-soll-unternehmen-staerken/>

Testkonzept der Landesregierung

Die Landesregierung hat in der vergangenen Woche eine Teststrategie und Infektionsschutzmaßnahmen in Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie der Kindertagespflege beschlossen. Dadurch haben Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie das weitere Personal an Schulen, Kindertagesstätten und der Kindertagespflege die Möglichkeit, sich auch symptomfrei auf das Vorliegen einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus testen zu lassen. Sämtliche Einrichtungen im Land erhielten nun die entsprechenden Details zum Testverfahren.

Gesundheitsminister Manne Lucha: „Auch ein negativer Test stellt immer nur eine Momentaufnahme dar und bietet für die Zukunft keine Sicherheit vor einer Infektion mit dem Virus. Deshalb ist es wichtig, dass an Schulen und Kindertageseinrichtungen Abstands- und Hygieneregeln unbedingt eingehalten werden, um eine mögliche Ausbreitung des Virus zu verhindern.“

Kultusministerin Susanne Eisenmann: „Auch wenn die Tests natürlich keine absolute Sicherheit bieten, so sind sie doch wichtig für das Wohlbefinden der Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher. Dieser psychologische Effekt darf nicht unterschätzt werden. Deshalb war es mir wichtig, dass wir den Beschäftigten an Schulen, in Kitas und in der Kindertagespflege freiwillige Testmöglichkeiten bieten.“

Im Kern enthält das Testkonzept folgende Punkte:

- Es besteht zwischen dem 17. August und dem 30. September 2020 für jede an einer Schule, einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege tätige Person die Möglichkeit, sich ohne Vorliegen von Symptomen maximal zweimal testen zu lassen.
- Unabhängig davon werden Personen, die Symptome aufweisen, die auf eine Infektion mit SARS-CoV-2 hindeuten können (wie z.B. Husten, Fieber oder Störungen des Geruchs- und/oder Geschmackssinns), dringend aufgefordert, sich einer Testung zu unterziehen und sich häuslich abzusondern.

- Über die Schule oder Kindertageseinrichtung erhalten Beschäftigte ein Formular, das zweimalig zur Durchführung der Testung berechtigt und in der Arztpraxis vorgelegt wird
- Positive Testergebnisse sind für das Labor meldepflichtig, d. h. das zuständige Gesundheitsamt erhält Meldung über den Fall. Dieses kontaktiert die infizierte Person, führt mit ihr die Ermittlung von Kontaktpersonen durch und ordnet die Absonderung an.
- Die Kosten für die Testungen werden vollumfänglich vom Land Baden-Württemberg übernommen.
- Die Tests finden auf freiwilliger Basis statt.
- Tritt ein SARS-CoV-2-Fall an einer Schule, einer Kita oder Kindertagespflegestelle auf, können sich zudem alle anwesenden Personen testen lassen – unabhängig von Symptomen und davon, ob Kontakt zur infizierten Person bestand.

Unter <https://www.gesundheitsamt-bw.de/lga/umfrage> können Beschäftigte ab dem 17. August freiwillig, anonym und ohne Angabe des Ergebnisses das Landesgesundheitsamt über ihre Teilnahme an der Testung informieren.

Fragen und Antworten zum Thema sind unter https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Gesundheitsschutz/20200729-Merkblatt_Teststrategie_LehrerInnen.pdf abrufbar.

Drei deutsche Corona-Hotspots in Dingolfing-Landau, Hof und Weimar

In Deutschland haben sich mittlerweile über 200.000 Personen mit dem Coronavirus infiziert, der R-Wert liegt weiter deutlich über 1. In drei Regionen gab es in den letzten sieben Tagen im Verhältnis zur Einwohnerzahl besonders viele Fälle.

Laut RKI gibt es in Deutschland zurzeit drei Hotspots: den Landkreis Dingolfing-Landau in Bayern mit einer Inzidenz für die letzten sieben Tage von 189,2 (Fälle pro 100.000 Einwohner), den Landkreis Hof, ebenfalls in Bayern, mit einem Inzidenz-Wert von 35,7 sowie die kreisfreie Stadt Weimar in Thüringen (26,1). Ein Überblick in Daten und Karten.

<https://www.welt.de/vermischtes/article206504969/Corona-Drei-deutsche-Hotspots-in-Dingolfing-Landau-Hof-und-Weimar.html>

Empfehlung von Telekom und SAP Nutzer sollen Corona-App täglich öffnen

Auch mit neuesten Updates können Nutzerinnen und Nutzer der Corona-Warn-App offenbar nicht absolut sicher sein, zuverlässig gewarnt zu werden. Die Entwickler raten dazu, die

Anwendung nach jeweils 24 Stunden aktiv zu öffnen.

Nach den inzwischen bekannt gewordenen Aktualisierungsproblemen der deutschen Corona-Warn-App haben ihre Entwickler eine neue Botschaft für Nutzerinnen und Nutzer: Um ganz sicherzugehen, dass die App zeitnah über mögliche Risikokontakte informiert, sollen Nutzerinnen und Nutzer das Programm einmal am Tag aktiv auf ihrem Smartphone aufrufen.

<https://www.spiegel.de/netzwelt/apps/corona-warn-app-telekom-und-sap-empfehlen-app-einmal-am-tag-zu-oeffnen-a-6518f49e-0413-48da-97ee-6ec899c9d542>

Studie aus Deutschland: So erging es Covid-19-Patienten im Krankenhaus

Forscher haben Daten von rund 10.000 Menschen ausgewertet, die in Deutschland mit einer Corona-Infektion in einer Klinik waren. Für eine Patientengruppe war der Aufenthalt besonders riskant. Die Ergebnisse im Überblick.

Wie alt sind die Patientinnen und Patienten, die mit Covid im Krankenhaus behandelt werden? Welche Vorerkrankungen haben sie? Wie lange dauert ihre Therapie? Wie stehen ihre Chancen, die Krankheit zu überstehen?

So sehen die Ergebnisse aus:

- **Alter:** Das Alter lag im Mittel (Median) lag bei 72 Jahren, was aber nicht bedeutet, dass nur Senioren mit Covid im Krankenhaus lagen. Rund 29 Prozent der Patientinnen und Patienten war in der Altersgruppe 18 bis 59 Jahre, weitere 16 Prozent zwischen 60 und 69 Jahre alt. Rund 22 Prozent waren zwischen 70 und 79 Jahre alt. Über 80 Jahre alt war gut ein Drittel der Betroffenen.
- **Vorerkrankungen:** Die Mehrheit der Patientinnen und Patienten, die mit Covid-19 im Krankenhaus waren, hatten eine oder mehrere Vorerkrankungen. Am häufigsten, bei 56 Prozent, war dies Bluthochdruck. Darauf folgen Diabetes (28 Prozent), Herz-Rhythmus-Störungen (27 Prozent), Nierenversagen (23 Prozent), Herzschwäche (20 Prozent), die Lungenkrankheit COPD (14 Prozent) und Fettleibigkeit (6 Prozent).
- **Dauer des Klinikaufenthalts:** Im Schnitt waren die Erkrankten zwei Wochen im Krankenhaus. Wer beatmet werden musste, verbrachte durchschnittlich sogar 25 Tage in der Klinik, an 13,5 davon war eine Beatmung nötig.
- **Beatmung:** 17 Prozent benötigten eine künstliche Beatmung, Männer deutlich häufiger als Frauen: 12 Prozent der Patientinnen und 22 Prozent der Patienten. "Aus den Abrechnungsdaten heraus lässt sich dieser deutliche Unterschied nicht erklären, hier besteht weiterer Forschungsbedarf", sagt Studienleiter Karagiannidis laut einer Pressemitteilung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK, der Deutschen Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin und der TU Berlin. Wer beatmet werden musste, hatte im Schnitt mehr Vorerkrankungen. So hatten etwa 43 Prozent dieser Betroffenen Herz-Rhythmus-Störungen.

- Dialyse: Rund sechs Prozent der beatmeten Patientinnen und Patienten benötigten eine Dialyse. Nierenärzte haben bereits berichtet, dass das Organ bei einer Covid-Erkrankung in Mitleidenschaft gezogen werden kann.
- Todesfälle: 2220 Patientinnen und Patienten starben im Krankenhaus, also 22 Prozent der Erkrankten, deren Daten ausgewertet wurden. Dabei gab es sehr deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Patientengruppen: Während 16 Prozent der Patienten starben, die nicht beatmet wurden, überlebte nur knapp die Hälfte jener, die eine Beatmung brauchten und erhielten.

Auch spielte das Alter eine Rolle: Während 28 Prozent der unter 60-Jährigen mit Beatmungspflicht starben, waren es in der Gruppe der über 80-Jährigen mit Beatmung 72 Prozent.

Betroffene, die beatmet werden mussten und zusätzlich eine Dialyse benötigten, hatten ein hohes Risiko, die Krankheit nicht zu überstehen: 73 Prozent von ihnen starben.

Von Menschen unter 60, die keine Beatmung brauchten, starb ein Prozent, also 18 von 2474 Betroffenen.

Insgesamt bestätigen die ermittelten Zahlen Erkenntnisse anderer Studien, die vor allem die Risiken von Vorerkrankungen belegt haben und die hohe Sterblichkeit von Patienten, die beatmet werden mussten. Die neue Studie zeigt auch noch einmal, dass Covid-19 auch für junge Menschen lebensbedrohlich sein kann.

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/deutschland-so-erging-es-covid-19-patienten-im-krankenhaus-a-356ff59c-28b0-4412-b5c2-5e61b2725a32>

Für faire Arbeit am Fleisch

Werkverträge und Leiharbeit sollen vom kommenden Jahr an in der Fleischindustrie verboten sein. Die Bundesregierung brachte am Mittwoch Regierungskreisen zufolge einen entsprechenden Gesetzentwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) auf den Weg. Sie reagiert damit auf die Corona-Ausbrüche in Schlachthöfen und auf die jahrelange Diskussion über schlechte Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie. Beim Schlachten, Zerlegen und in der Fleischverarbeitung dürfen Großbetriebe ab 2021 nur noch eigene Arbeitnehmer einsetzen.

<https://taz.de/Verbot-von-Werkvertraegen-beschlossen/!5704767/>

Ausland

USA verzeichnen fast 1300 Covid-19-Tote an einem Tag

In den USA sind knapp 150 000 Menschen im Zusammenhang mit dem Coronavirus gestorben - so viele wie nirgends sonst auf der Welt. Und die Zahl der Toten steigt rasch. Zum ersten Mal seit Mai wurden nach Reuters-Daten an einem einzigen Tag fast 1300 Todesfälle verzeichnet. Die Zahl der nachgewiesenen Infektionen stieg binnen eines Tages um mehr als 64 000 auf knapp 4,4 Millionen. Auch hier sind die USA das am stärksten betroffene Land der Welt.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-weltweit-news-israel-china-italien-1.4980080>

Europäische Corona-Apps im Datenschutz-Check

Irische Forscher haben europäische Corona-Apps für Android untersucht. Während die meisten unauffällig sind, halten die Experten Googles Play-Dienste für problematisch.

Doug Leith und Stephen Farrell von der School of Computer Science and Statistics am Trinity College in Dublin haben für ihre Studie verschiedene Corona-Apps im Hinblick auf Datenschutz untersucht. "Von allen nationalen Apps, die wir angesehen haben, war die deutsche unter Datenschutzaspekten technisch vielleicht die sauberste", erklärt Farrell gegenüber heise online

<https://www.heise.de/news/Corona-Apps-im-Datenschutz-Check-Android-telefoniert-nach-Hause-4857162.html>

Sommerurlaub in Spanien - diese Regeln gelten jetzt für Reisende

In welchem Urlaubsland müssen Touristen noch in Quarantäne? Sind Strände dort zugänglich? Welche Abstandsregeln gelten, und dürfen Restaurants besucht werden? Diese Fragen treiben viele Menschen vor der Ferienzeit um - vor allem für Spanien mit seinen Urlaubshochburgen wie Mallorca oder Gran Canaria interessieren sich zahlreiche Reisende. Wie die Urlaubsregeln in Spanien und in anderen Ländern sind findet ihr unter

https://rp-online.de/panorama/coronavirus/urlaub-spanien-und-mallorca-2020-corona-regeln-und-lockerungen-im-ueberblick_aid-51698185

Corona weltweit: Sydney zu weiterem Hotspot in Australien erklärt

Der australische Bundesstaat Queensland verhängt eine Besuchssperre für Bewohner Sydneys. Israel verzeichnet ein Rekordhoch an Neuinfektionen. Corona-News aus aller Welt In Australien hat sich Sydney neben Melbourne zu einem weiteren Corona-Hotspot entwickelt.

Der nördliche Nachbarbundesstaat Queensland habe Beschränkungen für Besucher aus Sydney und dessen Vororten eingeführt, sagte die Premierministerin des Bundesstaats, Annastacia Palaszczuk.

Bürgerinnen und Bürger aus Sydney dürfen nun die Grenze nach Queensland nicht mehr überqueren. Heimkehrende aus Queensland müssen zwei Wochen in Quarantäne.

Zuvor waren in der mit mehr als 5,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern bevölkerungsreichsten Stadt Australiens im Bundesstaat New South Wales innerhalb von 24 Stunden 19 Neuinfektionen verzeichnet worden.

<https://www.zeit.de/politik/2020-07/corona-weltweit-pandemie-entwicklung-live>

Nachrichten – (fast) ohne Corona

„Naturportal Südwest“ startet

Das „Naturportal Südwest“ des Naturkundemuseums Stuttgart ist ein Web-Portal und eine Datenbank zur Artenvielfalt Baden-Württemberg. Mit der digitalen Sammlung öffnet sich das Museum neuen Zielgruppen. Über das neue Web-Portal können Interessierte im ganzen Land künftig Tiere und Pflanzen unterwegs digital bestimmen. Registrierte „Citizen Scientists“ können mit ihren Fundmeldungen die Datenbank bereichern. Die neue Arten-Bestimmungsstation im Museum steht allen offen, um Fundobjekte digital erfassen und bestimmen zu lassen: <https://naturportal-suedwest.de/de/home/>

Baden-Württemberg ist aufgrund seiner abwechslungsreichen Landschaft Heimat für eine enorme natürliche Artenvielfalt. So lebt weit mehr als die Hälfte der über 71.000 aus ganz Deutschland bekannten Arten von Pflanzen, Tieren und Pilzen im Land – auf nur einem Zehntel der Fläche der Bundesrepublik. Neben dem Erhalt dieser Artenvielfalt legt die Landesregierung einen großen Schwerpunkt auf die Digitalisierung und die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Das vom Naturkundemuseum Stuttgart entwickelte und vom Kunstministerium mit fast 200.000 Euro geförderte digitale „Naturportal Südwest“ verbindet diese drei Bereiche.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/naturportal-suedwest-startet/>

Hass 2.0

Seit Jahren versenden Rechtsextreme Morddrohungen. Die Polizei ermittelt erfolglos. Nun führen Spuren ins Darknet. Noch immer gehen bei Politikerinnen und Anwältinnen Drohungen ein, teils gespickt mit vertraulichen Daten der Polizei. Auch die Drohbriefserie des sogenannten "NSU 2.0", die vor zwei Jahren mit einem Fax an die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız begann und von der auch GRÜNE betroffen sind, geht weiter. Und noch immer ist nicht aufgeklärt, wer die Daten der Anwältin und weiterer Betroffener an Polizeicomputern abfragte. Die Drohungen sind zum Inbegriff der Diskussion über Verbindungen der deutschen Polizei nach rechts außen geworden. Die Zeit recherchierte, welche Rolle der Berliner Rechtsextremist André M., 32, der offenbar unter dem Pseudonym "Nationalsozialistische Offensive" Post durch die Republik schickte, in diesem Komplex spielt.

<https://www.zeit.de/2020/32/rechtsextremismus-morddrohungen-nsu-2-0-polizei-ermittlung>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblogbw-100.htm>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-+faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

[https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)

[NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)
h%C3%A4tzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-zumcoronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)